

## Schweiz

# Verschärfung des Kartellgesetzes entzweit die Linke

Die SP will Vorkämpferin für die Rechte der Konsumenten sein. Ausgerechnet die verbündeten Gewerkschaften untergraben ihren Einsatz für tiefere Preise und mehr Wettbewerb.

Von David Vonplon, Bern

Die Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten ist einer von drei Grundpfeilern des SP-Programms für die kommende Legislatur. «Die Währungsgewinne müssen endlich an die Endverbraucher weitergegeben werden», heisst es im Positionspapier der Partei. Unter den Zielen 2011 bis 2015 listen die Genossen dabei auch die Verteidigung und Verschärfung des Kartellgesetzes auf. «Die Aufweichungswünsche verschiedener Wirtschaftskreise müssen bekämpft werden», lautet ihre Forderung.

Allein, die SP müsste zuerst die eigenen Reihen disziplinieren, bevor sie wettbewerbsfeindlichen Kräften den Kampf ansagt. Denn in der Frage nach der richtigen Wettbewerbspolitik ist die Partei gespalten. Ein gewichtiger Abweichler ist SP-Nationalrat Paul Rechsteiner, zugleich Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB). Er spricht sich klar dagegen aus, im Kartellgesetz ein generelles Verbot für Absprachen unter Konkurrenten wie auch für sogenannte vertikale Absprachen (zum Beispiel zwischen Händlern und Produzenten) zu verankern.

In ihrer Antwort bei der Vernehmlassung zum Kartellgesetz schreiben Rechsteiner und SGB-Chefökonom Daniel Lampart, es gebe keine Belege dafür, dass die höheren Preise gegenüber dem Ausland auf eine schwache Wettbewerbspolitik zurückgehen würden. Sie warnen davor, der Wettbewerbskommission mehr Kompetenzen zu geben. Ein Verbot von Vertikalabsprachen könne je nach Konstellation gar zu höheren Preisen und schlechterer Qualität führen.

## Merkwürdiger Sinneswandel

In der SP sorgt das für Irritationen: Noch in der Herbstsession stimmte Rechsteiner in der gleichen Frage stramm auf Parteilinie. So unterstützte er in der Debatte über das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke einen (erfolglosen) Antrag seiner Parteikollegin Susanne Leutenegger-Oberholzer, der ebenfalls ein Verbot sämtlicher Kartelle und Absprachen forderte. Nun tritt Rechsteiner plötzlich Seite an Seite mit den Wirtschaftsverbänden gegen die Kartellgesetzrevision an - und damit auch gegen seine eigene Partei. Die SP nämlich begrüsst in ihrer Vernehmlassungsantwort die vorgeschlagene Neuregelung von Bundesrat Schneider-Ammann auf der ganzen Linie.



SP-Parteipräsident Christian Levrat dürfte keine Freude an der Position von Nationalrat Paul Rechsteiner (l.) haben. Foto: EQ Images

## Der Präsident des Gewerkschaftsbunds tritt plötzlich Seite an Seite mit der Wirtschaft gegen die Revision des Kartellrechts an.

«Ich frage mich schon, was den Sinneswandel bei Rechsteiner ausgelöst hat», ärgert sich die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, die neue Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS). Rechsteiner erweise den Konsumentinnen und Konsumenten mit seiner Haltung keinen Dienst. Die Schweiz bezahle laut Schätzungen jährlich gegen 20 Milliarden Franken zu viel für Importgüter. «Es kann doch auch nicht im Sinne der Gewerkschaften sein,

wenn ein grosser Anteil davon ins Ausland fliesst», sagt Birrer-Heimo.

Vom TA auf seine Kehrtwende angesprochen, mimt Paul Rechsteiner den Überraschten: Ihm sei nicht bewusst gewesen, dass er in der Frankendebatte für ein Verbot von Absprachen gestimmt habe. Offenbar habe er allen links-grünen Minderheitsanträgen schematisch zugestimmt. «Inhaltlich hätte ich diesen sonst nicht unterstützt.» Rechsteiner betont aber, er habe auch innerhalb der SP-Fraktion seine abweichende Sichtweise stets deutlich gemacht - was Parteipolitiker wie Birrer-Heimo jedoch bestreiten.

### «Ideologie linker Dogmatiker»

Mit dem Zwist über das Kartellrecht flammt in der SP ein alter Flügelkampf auf: Nach dem Taucher bei den Wahlen vor vier Jahren machte die damalige SKS-Präsidentin Simonetta Sommaruga

Druck, dass sich die SP von den Gewerkschaften distanziert. Doch die Emanzipation misslang: Spätestens nach dem wichtigen Sieg in der Abstimmung über die Änderung des BVG-Mindestumwandlungssatzes im letzten Jahr war klar, dass sich die SP weiterhin ihrer Herkunft aus der Gewerkschaftsbewegung besinnt.

Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm hält das für einen Fehler. Die Ablehnung einer strikten Wettbewerbspolitik sei Ausdruck einer «veralteten Ideologie von wettbewerbsfeindlichen Dogmatikern» bei den Gewerkschaften, sagt Strahm. Bei Konsumgütern zu behaupten, Abreden zwischen Händler und Produzenten seien nicht schädlich, bezeichnet der Volkswirt als «schlechten Witz». Es gelte immer noch die Devise «Wettbewerb gleich pfui». Und diese Haltung sei konsumentenfeindlich.

## Das Gefängnis ist auch eine Schule

Bis 2015 sollen Häftlinge schweizweit in 27 Anstalten Unterricht in Rechnen, Lesen, Schreiben erhalten. Doch nicht alle sind von dessen Nutzen überzeugt.

Von Simone Rau

Zu jeder Bewerbung gehört ein Lebenslauf. «Schicken» schreibt sich mit «ck». Und 9 plus 5 ergibt 14. Ist ja klar, denkt man. Aber nicht für alle. Viele Gefängnisinsassen würden in solchen Fragen Bildungslücken aufweisen, erklärt Doris Schüepp, Leiterin der Fachstelle «Bildung im Strafvollzug» des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks Zentral-schweiz. Häftlinge, die nicht - oder nicht mehr - über den Bildungsstand der neun Jahre dauernden Volksschule verfügen, werden daher seit 2007 in Rechnen, Lesen und Schreiben unterrichtet. Auch Grundkenntnisse im Umgang mit dem Computer erhalten sie vermittelt.

Das Ziel der Basisbildung ist es, den Gefangenen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und die Arbeitswelt zu erleichtern und damit die Rückfallquote zu senken. «Der Unterricht verbessert auch den Gefängnisalltag», sagt Schüepp. So zum Beispiel die Kommunikation zwischen Häftlingen und Betreuern.

Was als Pilotprojekt mit acht Gefängnissen und der Finanzierung durch die

gemeinnützige Zürcher Drosos-Stiftung begann, ist heute eine feste Einrichtung. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren entschied 2009, die Basisbildung im Strafvollzug definitiv einzurichten und bis 2015 auf 27 Anstalten auszuweiten, finanziert durch die Kantone. Derzeit bieten 14 Anstalten die Schulungen an - unter ihnen die Pöschwies in Zürich, Hindelbank in Bern sowie Lenzburg im Aargau. Laut Schüepp geht man insgesamt von jährlich 6,5 Millionen Franken Kosten aus - inklusive Fachstelle und Computerausrüstungen.

### Ein Halbtag pro Woche

Für dieses Geld erhalten die Häftlinge an einem Halbtag pro Woche Unterricht in Vierer- bis Sechsergruppen. Die erste Hälfte ist für ein aktuelles Thema sowie Allgemeinbildung (zum Beispiel Tipps für die Stellensuche) reserviert, in der zweiten Hälfte des Unterrichts arbeiten die Schüler individuell an ihren Defiziten in Lesen, Schreiben und Rechnen.

Lücken im Schulstoff sind denn auch die Voraussetzung für die Teilnahme am Bildungsangebot. «Wir konzentrieren uns auf Gefangene mit tiefem Bildungsstand», sagt Schüepp. «Wer die Matur oder gar ein Studium absolviert hat, gehört nicht zu unserer Zielgruppe.» Ebenfalls nicht teilnehmen können Personen, die «nicht bildungsfähig» sind - beispielsweise aufgrund einer «neurologischen Beeinträchtigung».

Laut Schüepp sind die Schüler «zum Grossteil sehr motiviert». Einen Satz, den die Lehrpersonen immer wieder hörten, sei: «Das nützt mir, wenn ich rauskomme, zum Beispiel bei der Jobsuche.» Auch sie selbst sei fest davon überzeugt, dass die Basisbildung den Häftlingen «in den meisten Fällen» etwas bringt - nicht zuletzt bei der Verhinderung allfälliger neuer Straftaten.

### «Bildung ist nicht per se gut»

Doch genau dies zweifelt Martin Killias, Professor für Strafrecht an der Universität Zürich, an: «Auch wenn man es immer meint: Bildung ist nicht per se gut. Sie kann auch schaden - zum Beispiel dann, wenn sie unrealistische Erwartungen weckt.» Fänden entlassene Häftlinge etwa trotz Schulung keine Stelle, könne dies zu Frustrationen oder gar zu neuen Straftaten führen.

Mehr als eine «nicht auszuschliessende höhere Rückfallquote» ausgebildeter Häftlinge stört Killias aber, dass der Erfolg des Schulunterrichts nicht längerfristig untersucht wird. «Man müsste zwingend evaluieren, ob diejenigen Häftlinge mit Bildung nach ihrem Austritt eher einen Job finden als solche ohne Bildung.» Erfolgskontrollen seien wichtig, damit die knappen Ressourcen optimal eingesetzt würden, sagt Killias.

Doris Schüepp von der Fachstelle «Bildung im Strafvollzug» geht mit dem Strafrechtsprofessor einig, dass fehlende Job-

zusagen entlassene Häftlinge «demotivieren» können. Gar nicht einverstanden ist sie jedoch mit seinem Vorwurf, die Bildung würde falsche Erwartungen bei den Insassen wecken. «Wir machen ihnen bestimmt keine falschen Hoffnungen. Sie wissen genau, wie schwierig es für sie nach der Entlassung wird.»

Die Bildung im Strafvollzug sorge in erster Linie dafür, dass die Insassen lesen, schreiben und rechnen könnten - das könne doch nur positiv sein. «Wir leisten einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Startchancen. Ob die entlassenen Häftlinge eine Stelle finden, hängt aber vom Arbeitsmarkt ab und von der Bereitschaft der Arbeitgebenden, diese Menschen einzustellen», sagt Schüepp.

### Studie aus USA bestätigt Nutzen

Ebenfalls nichts anfangen kann Schüepp mit Killias' Aussage, allenfalls könne gar eine höhere Rückfallquote aus der Bildung im Strafvollzug resultieren. Zwar fehle bisher eine schweizweit repräsentative Erhebung über ihren effektiven Nutzen. «Doch eine Studie aus den USA mit ausreichender Datenmenge zeigt, dass die Bildung im Strafvollzug dazu beiträgt, die Rückfallquote zu senken.» Sofern die entsprechenden Gelder gesprochen würden, könne man in der Schweiz in ein paar Jahren auch eine solche Rückfallquote durchzuführen, sagt Schüepp. Im Moment sei es dafür noch zu früh.

## Einsprache gegen Lift auf Klein Matterhorn

Der Schweizer Alpen-Club (SAC) sowie die Umweltverbände WWF, Mountain Wilderness und Stiftung Landschaftsschutz haben gegen das nachträgliche Baugesuch für einen erhöhten Liftschacht auf dem Klein Matterhorn Beschwerde eingelegt. Sie kritisieren die «schleichende Überbauung des Gipfels». In den vergangenen Monaten sei der bestehende Liftausgang saniert worden, schreibt der SAC in einem Communiqué. Dies beanstandete er nicht. «Allerdings wurde der Lift ohne Bewilligung um rund elf Meter erhöht.» Die Verbände fordern den «Rückbau des erhöhten Liftschachtes und die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes».

Ebenfalls ohne korrekte Bewilligung erstellt wurden auf dem Klein Matterhorn laut den Organisationen militärische Anlagen, nämlich ein Sendemast mit Antenne. Den Bau dieser Anlage hätte der Bund bewilligen müssen und nicht nur die Gemeinde Zermatt beziehungsweise der Kanton Wallis, halten die Kritiker fest. (SDA)

## Nachrichten

### Nationalratskommission Gegen Velohelmpflicht für Kinder

Die Verkehrskommission des Nationalrats stellt sich gegen eine Velohelmpflicht für Kinder. Geht es nach ihrem Willen, soll das Tragen von Helmen auch künftig für alle freiwillig sein. Der Bundesrat hatte im Rahmen des Massnahmenpakets Via Sicura vorgeschlagen, dass Kinder bis zum vollendeten 14. Altersjahr künftig einen Velohelm tragen müssen. Der Ständerat stimmte dieser Massnahme zu. Die Nationalratskommission empfiehlt nun aber ihrem Rat mit 18 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen, diese Bestimmung zu streichen. Sie setze auf Eigenverantwortung, hält die Kommission in einer Mitteilung von gestern Dienstag fest. (SDA)

### Managed Care

### Zahnärzte unterstützen Referendum der Mediziner

Die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft (SSO) unterstützt das Referendum gegen die vom Parlament verabschiedete Managed-Care-Vorlage. Diese schränke die freie Arztwahl ein und bedeute einen weiteren Schritt Richtung Staatsmedizin, teilte die SSO gestern Dienstag mit. Die im Beitritt zu einem Managed-Care-Modell enthaltene Verpflichtung, sich immer zuerst durch Ärzte dieses Netzwerks behandeln zu lassen, bedeute eine Einschränkung der freien Arzt- und Zahnarztwahl. Das Selbstbestimmungsrecht der Patienten werde beschnitten. (SDA)

### Flugsicherheit

### Engadiner Flugplatz führt obligatorischen Lernflug ein

Nach mehreren Unfällen in den vergangenen Jahren müssen Piloten, die den Engadiner Flugplatz Samedan anfliegen wollen, künftig einen Einweisungsflug absolvieren. Dieser muss unter Aufsicht eines Fluglehrers stattfinden. So sieht es das neue Sicherheitskonzept vor, wie das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) gestern mitteilte. Die Vorschrift gilt für Piloten von mehrmotorigen Flugzeugen und von Jets. Für Piloten von einmotorigen Flugzeugen gelten weniger strenge Vorschriften. Sie brauchen keinen Einweisungsflug, müssen ihren ersten Anflug auf Samedan aber bei guten Wetterbedingungen durchführen. (SDA)

### Wohneigentum

### Ständeräte wollen keine Sonderregel für Rentner

Bei der Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» zeichnet sich keine Einigung zwischen den Räten ab. Nachdem der Nationalrat im Juni die Initiative des Hauseigentümergebundes (HEV) gutheiss, hat die Wirtschaftskommission des Ständerats das Volksbegehren erneut abgelehnt - mit 8 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung. Der HEV will mit der Initiative dafür sorgen, dass Hausbesitzer im Rentenalter den Eigenmietwert nicht mehr versteuern müssen, wenn sie das wünschen. Im Gegenzug sollen sie die Schuldzinsen nicht mehr von den Steuern abziehen dürfen. (SDA)